



Berlin, 11.06.2026 – Anlässlich der morgigen ersten Lesung des Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung erklären die Bundesvorsitzenden des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus Blumenthal-Beier:

„Von den morgigen Beratungen im Bundestag muss das Signal ausgehen, dass die Bundesregierung verstanden hat, dass sie dieses *Versorgungskürzungsgesetz* in dieser Form nicht durchboxen kann. Die Kollateralschäden für die hausärztliche Versorgung wären unabsehbar. Das sehen auch weite Teile der Länder so.

Niemand bezweifelt, dass gespart werden muss. Statt jedoch die offensichtlichen Sparpotenziale zu heben, beispielsweise in den Bereichen Pharma und Krankenkassenverwaltungen, plant die Bundesregierung vollkommen wahllose Kürzungen am Fundament der hausärztlichen Versorgung. Die Patientinnen und Patienten werden das unmittelbar zu spüren bekommen. Konkret bedeutet das für sie: Weniger Termine in ihrer hausärztlichen Praxis, längere Wartezeitung und weniger Zeit für ihre Anliegen.

Zwei konkrete Änderungen sind kurzfristig noch möglich und würden zumindest etwas Druck von den ohnehin schon stark gebeutelten hausärztlichen Praxen nehmen: Zum einen muss die Versorgungsbremse für die Verträge zur Hausarztzentrierten Versorgung (HZV) gestrichen werden, sodass Praxen nicht finanziell dafür bestraft werden, wenn sie im Rahmen der HZV-Verträge mehr Menschen koordiniert versorgen. Zum anderen darf es keine teilweise Wiedereinführung der Budgetierung geben, die zur Folge hätte, dass die Hausärztinnen und Hausärzte wieder Leistungen erbringen müssen, für die sie schlichtweg nicht bezahlt werden! Die Streichung dieser beiden Punkte würde für die hausärztlichen Praxen das Schlimmste abwenden und wäre für die GKV auch finanziell absolut verkräftbar.

Die Bundesregierung sollte dabei die Meinung der Bevölkerung ernst nehmen. Umfragen belegen ganz klar, dass die Menschen keine Einsparungen in der hausärztlichen Versorgung wollen! Eine aktuelle, repräsentative Civey-Umfrage unter 5.000 Bürgerinnen und Bürgern hat ergeben, dass nur ein Prozent der Befragten bei der hausärztlichen Versorgung sparen würden, aber 57 Prozent bei der Pharmaindustrie sowie 43 Prozent bei den Krankenkassen.

Eine Sparpolitik, die vor allem zulasten der Grundversorgung und damit der Patientinnen und Patienten geht, werden die Menschen nicht akzeptieren! Wir werden in den kommenden Wochen durch unsere bereits angelaufenen Protestaktionen weiter auf die massiven Folgen des Gesetzes auf die hausärztliche Versorgung aufmerksam machen.“

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin
☎ 030 887 143 73-60
✉ pressestelle@haev.de
🌐 www.haev.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 32.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.